

STUDIE

13.10.2010 12:55 Uhr

Warum sich viele Deutsche einen „Führer“ wünschen

Jeder dritte Deutsche hält sein Land für "überfremdet", jeder zehnte wünscht sich wieder eine Diktatur: Die Zustimmung zu rechtsextremen Parolen ist nach einer Studie deutlich gestiegen. Die am Mittwoch in Berlin vorgestellte Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung sieht darin eine Folge der Wirtschaftskrise.

HB BERLIN. Die Leipziger Wissenschaftler Elmar Brähler und Oliver Decker, die die Studie erarbeitet hatten, sprachen von einer dramatischen Trendwende. "Im Jahr 2010 ist eine signifikante Zunahme antidemokratischer und rassistischer Einstellungen zu verzeichnen."

Die Wissenschaftler hatten mehr als 2400 repräsentativ ausgewählte Personen im Alter von 14 bis 90 Jahren befragt. Dabei unterstützten mehr als 30 Prozent die These, dass es in Deutschland zu viele Ausländer gebe, die man bei Arbeitsplatz-Knappheit wieder "in ihre Heimat schicken" sollte. 58,4 Prozent wollen sogar, dass die Religionsausübung von Muslimen in Deutschland eingeschränkt wird. Beides ist nach Gesetz und Grundgesetz nicht zulässig.

Die Zunahme an rechtsextremen Einstellungen, die sich durch alle Bevölkerungsschichten zieht, begründen die Forscher mit der Furcht der Mittelschicht vor dem Abrutschen in die Armut. Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit seien "Mechanismen der Selbstaufwertung und Fremdadwertung".

Zudem wünscht sich jeder Zehnte, dass Deutschland von einem "Führer" mit harter Hand regiert wird. Jeder Vierte plädiert für eine starke Partei, die die "Volksgemeinschaft" verkörpert - auch dies ein typisch rechtsextremer Begriff.

Die Demokratie wird zwar von 93 Prozent der Befragten als geeignete Staatsform angesehen, aber ihre derzeitige Umsetzung stößt nur bei 46 Prozent der Deutschen auf Unterstützung. Dazu passt auch, dass mehr als 90 Prozent keinen Sinn in politischem Engagement sehen und nicht das Gefühl haben, Einfluss auf die Regierung nehmen zu können. Nora Langenbacher von der Ebert-Stiftung warnte: "Das ist ein Alarmsignal für Politik und Gesellschaft."